

**Antrag 1/I/2022****SPD-Landesvorstand Brandenburg****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Mit Verlässlichkeit durch schwierige Zeiten**

1 Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands ge-  
2 gen die Ukraine hat die europäische Friedensord-  
3 nung von Grund auf verändert. Es schien unvorstell-  
4 bar, dass es in Europa noch einmal einen Krieg gibt,  
5 bei dem ein Land seinen Nachbarn brutal überfällt,  
6 um eine gewaltsame Verschiebung der Grenzen her-  
7 beizuführen.

8 Die entschlossene Reaktion Deutschlands und der  
9 Europäischen Union insgesamt war und bleibt rich-  
10 tig. Der endgültige und einseitige Bruch der auch  
11 vertraglich gesicherten europäischen Friedensord-  
12 nung nach dem Kalten Krieg durch Putins Russ-  
13 land machte die umfangreichen Sanktionen not-  
14 wendig. Die völkerrechtswidrige Annexion von Teil-  
15 len der Ukraine und das Fortführen des brutalen  
16 Krieges gegen den friedlichen Nachbarn unterstreichen  
17 die weitere Notwendigkeit der Sanktionen.

18 Solidarität und Zusammenhalt sind in diesen Zei-  
19 ten unabdingbar. Wir sind stolz und dankbar, wie  
20 viele Brandenburgerinnen und Brandenburger nach  
21 dem 24. Februar nicht gezögert haben und Geflüchtete  
22 aus der Ukraine unterstützt haben. Weit über  
23 20.000 Ukrainerinnen und Ukrainer haben in Brand-  
24 enburg Zuflucht gefunden. Über 5.000 ukrainische  
25 Kinder und Jugendliche besuchen Schulen in Brand-  
26 enburg. Viele Tonnen Hilfsgüter wurden aus Brand-  
27 enburg in die Ukraine geschickt.

28 Der Krieg und seine Folgen betreffen uns aber  
29 auch unmittelbar. Bereits vor dem 24. Februar 2022  
30 stiegen die Energiepreise in Europa deutlich, auch  
31 durch die gezielte Verknappung der Energieversor-  
32 gung durch Russland. Bis heute hat sich die Lage  
33 dramatisch verschärft. Mit entschiedenen Maßnah-  
34 men konnte die Energieversorgung von Russland  
35 unabhängig gemacht werden. Besonders betroffen  
36 sind wir in Brandenburg mit der Raffinerie PCK in  
37 Schwedt. Durch die nationale Sanktionierung von  
38 russischem Pipeline-Öl sind hier erhebliche Maß-  
39 nahmen notwendig.

40 Die stark gestiegenen Preise bei Gas und Strom ma-  
41 chen es erforderlich, mit klaren Maßnahmen in das  
42 Marktgeschehen einzugreifen. Das Angebot an En-  
43 ergie muss unabhängig vom Ausland so weit wie

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme**

44 möglich erhöht werden. Bürgerinnen und Bürger  
45 wie auch viele Unternehmen müssen mit Gas- und  
46 Strompreisdeckeln in ihrer Existenz geschützt wer-  
47 den. Mit finanziellen Hilfen muss denjenigen gehol-  
48 fen werden, die steigende Preise bei Lebensmitteln  
49 und der Grundversorgung insgesamt in der Haus-  
50 haltskasse nicht ausgleichen können. Hier bei uns in  
51 Ostdeutschland betrifft das große Teile der Bevölke-  
52 rung.

53 Es wurden mit den Entlastungspaketen bisher 95  
54 Milliarden Euro bereitgestellt, um Bürgerinnen und  
55 Bürger, wie auch Unternehmen bei der Bewältigung  
56 der Energiekrise samt hoher Inflation zu unterstüt-  
57 zen.

- 58 • Beschäftigte, Selbstständige, Rentnerinnen  
59 und Rentner, Studierende, Auszubildende und  
60 Bürgerinnen und Bürger, die auf staatliche  
61 Leistungen angewiesen sind, erhielten und  
62 erhalten Einmalzahlungen.
- 63 • Das Kindergeld steigt um 8% (18 Euro) und der  
64 Kinderzuschlag steigt im Höchstsatz um 9%  
65 (20 Euro).
- 66 • Das Wohngeld wird zum 1.1.2023 verdoppelt  
67 und die Zahl der berechtigten Haushalte ver-  
68 dreifacht. Künftig können so 2 Millionen Haus-  
69 halte mit kleinem Einkommen bei den Wohn-  
70 kosten unterstützt werden.
- 71 • Das Bürgergeld wird eingeführt. Damit steigt  
72 die Grundsicherung um über 10%.
- 73 • Rentenbeiträge werden vollständig von der  
74 Steuer abgesetzt und der Steuerverlauf und  
75 Freibeträge zur Vermeidung der kalten Pro-  
76 gression angepasst.
- 77 • Kleine Einkommen werden durch eine Aus-  
78 weitung der der Midi-Job-Zone von Sozialab-  
79 gaben entlastet.
- 80 • Mieterinnen und Mieter, die Betriebskosten  
81 nicht sofort zahlen können, werden besser ge-  
82 schützt.
- 83 • Die EEG-Umlage wurde zum 1. Juli 2022 abge-  
84 schafft und der CO2-Preis wird 2023 nicht er-  
85 höht.
- 86 • Im Juni, Juli und August 2022 galt der Tankra-  
87 batt, öffentliche Verkehrsmittel konnten für 9  
88 Euro im Monat genutzt werden und die Pend-  
89 lerpauschale wurde erhöht.

90 Unabhängig von der Energiekrise und hoher Inflati-  
91 on werden die Bürgerinnen und Bürger durch sozial-  
92 demokratische Politik entlastet bzw. unterstützt:

93 • Zum 1. Juli 2022 wurden die Renten in Ost-  
94 deutschland um 6,12 % erhöht. In Brandenburg  
95 profitieren davon über 800.000 Rentnerinnen  
96 und Rentner.

97 • Seit 1. Oktober beträgt der Mindestlohn 12 Eu-  
98 ro die Stunde. Ein Drittel der Beschäftigten in  
99 Brandenburg erhält dadurch im Vergleich zu  
100 2021 bis zu 20 % mehr Lohn.

101 • Seit 1. Januar gilt eine Mindestausbildungsver-  
102 gütung und zum aktuellen Semester wurde  
103 das BAföG im Höchstsatz um 8,4% erhöht und  
104 die Freibeträge um 20% erhöht.

105 • Bereits seit 2021 zahlen über 90% der Steuer-  
106 zahlerinnen und -zahler in Brandenburg kei-  
107 nen Solidaritätszuschlag mehr und werden  
108 dadurch um bis zu 1.000 Euro im Jahr entlas-  
109 tet.

110 • Zum 1. Januar 2023 wird die CO2-Bepreisung  
111 bei den Heizkosten in Abhängigkeit des En-  
112 ergieverbrauchs zwischen Vermietenden und  
113 Mietenden aufgeteilt, statt nur von letzteren  
114 getragen werden zu müssen.

115 Diese Maßnahmen sollten die Lebenssituation vie-  
116 ler Bürgerinnen und Bürger verbessern. Wir wissen,  
117 dass das jetzt nicht passiert, sondern sie aufgrund  
118 der hohen Inflation nur dabei helfen, mit der schwie-  
119 rigen Situation umzugehen.

120 Gerade in Ostdeutschland ist die Lage für viele be-  
121 sonders schwerwiegend. Das Durchschnittseinkom-  
122 men und die angesparten Rücklagen sind hier deut-  
123 lich geringer als in Westdeutschland. Die Preise stei-  
124 gen aber ebenso stark wie im Rest des Landes. Gro-  
125 ße Teile der Bevölkerung spüren die Preisanstiege  
126 unmittelbar. Schon bisher waren die Strompreise in  
127 Ostdeutschland höher. Die Netzentgelte in Deutsch-  
128 land müssen endlich gerecht verteilt werden. Länder  
129 mit einem hohen Ausbaustand erneuerbarer Energi-  
130 en dürfen nicht länger benachteiligt werden.

131 Die Entscheidung für ein nationales Embargo von  
132 Pipeline-Öl hat direkte Auswirkungen auf die En-  
133 ergiesicherheit in Brandenburg und damit auf die  
134 Stimmung im Land.

135 Für die SPD Brandenburg steht fest, dass die ge-  
136 machten Zusagen eingehalten und weitere Maß-  
137 nahmen ergriffen werden müssen:

138 • **200-Milliarden-Euro-Abwehrschirm - Preis-**  
139 **bremsen für Strom, Gas und Wärme**

140 Mit dem 200-Milliarden-Euro-Abwehrschirm als  
141 Sondervermögen des Bundes und der Abschöpfung

142 von Zufallsgewinnen stehen die Mittel für eine  
143 Senkung der Preise bei Strom, Gas und Wärme be-  
144 reit. Diese Preisbremsen müssen schnellstmöglich  
145 umgesetzt werden. Bürgerinnen und Bürger sowie  
146 kleine und mittlere Unternehmen müssen wissen,  
147 auf welche Preise sie sich einstellen müssen. Die für  
148 die Strompreisbremse geplante Abschöpfung von  
149 Zufallsgewinnen muss ebenso schnell umgesetzt  
150 werden.

151 • **Eine sichere Zukunft für PCK-Schwedt**

152 Die Zusagen für die Raffinerie PCK-Schwedt müssen  
153 schnell umgesetzt werden. Beschäftigungsgarantie,  
154 der Ausbau des Rostocker Hafens sowie die Ertüchti-  
155 gung der Pipeline nach Schwedt sind elementar, um  
156 den Standort und der Region eine klare Perspektive  
157 zu geben. Mit der Sicherheit über den Erhalt können  
158 alle Beteiligten kraftvoll an den Umbau zu Deutsch-  
159 lands erster nachhaltiger Raffinerie gehen. Die Mit-  
160 tel von Land, Bund und EU stehen dafür bereit.

161 • **Betriebe und Unternehmen unterstützen**

162 Die Unterstützungsprogramme des Bundes für Un-  
163 ternehmen müssen deutlich ausgeweitet werden.  
164 Sie dürfen nicht nur für exportorientierte Unterneh-  
165 men gelten. Wo Hilfe nötig ist, muss, wie in der  
166 Corona-Pandemie, schnell und unbürokratisch un-  
167 terstützt werden. Nur so können wir Beschäftigung  
168 und Wertschöpfung am Standort Deutschland, vor  
169 allem aber auch die Versorgung mit Dienstleistun-  
170 gen und Gütern, sichern. Es ist daher richtig, dass  
171 das 200-Milliarden-Euro-Sondervermögen des Bun-  
172 des auch hierfür genutzt werden kann.

173 • **Zügige Umsetzung aller Maßnahmen**

174 Die Hilfsprogramme und Unterstützungszahlungen  
175 des Bundes müssen zügig umgesetzt werden. Die  
176 Betroffenen sind unmittelbar mit gestiegenen Kos-  
177 ten konfrontiert und haben nach zwei wirtschaftlich  
178 schwierigen Corona-Jahren häufig keine Rücklagen  
179 mehr. Es ist wichtig, dabei gezielt gerade untere und  
180 mittlere Einkommen zu entlasten.

181 • **Einen Rettungsschirm des Landes**

182 Es ist erklärtes Ziel der SPD Brandenburg, die Folgen  
183 der Krise für Unternehmen und wesentliche gesell-  
184 schaftliche Bereiche ergänzend zu den Maßnahmen  
185 des Bundes soweit abzumildern, dass sie ihre Ar-  
186 beit fortführen können und nicht in der Existenz be-  
187 droht sind. Mit der Erklärung der Notlage kann das  
188 Land so kreditfinanziert dort helfen, wo die Bundes-  
189 programme nicht greifen. Soziale und kulturelle Ein-  
190 richtungen und Angebote, öffentliche Verkehrsun-

191 ternehmen, Gesundheitsversorgung und Stadtwer-  
192 ke gehören zur Grundversorgung und müssen auf-  
193 rechterhalten werden. Hierbei hat die SPD Branden-  
194 burg auch im Blick, dass nicht alle Preissteigerungen  
195 in Folge der hohen Inflation einfach an Nutzerinnen  
196 und Nutzer weitergegeben werden können.

197 • **Alle Kraftwerke ans Netz**

198 Zur Reduzierung der Stromkosten müssen alle tech-  
199 nisch möglichen Kapazitäten zur Stromerzeugung  
200 genutzt werden. In Brandenburg sind am Standort  
201 Jänschwalde daher zwei Kraftwerksblöcke wieder  
202 ans Netz gegangen. Wir stehen zum gesetzlich ver-  
203 einbarten Ausstieg aus der Verstromung von Kohle  
204 bis spätestens 2038.

205 • **Erneuerbare Energien und Stromnetze zügig  
206 ausbauen**

207 Der Ausbau der erneuerbaren Energien und der  
208 Stromnetze muss beschleunigt werden. Bereits im  
209 Leitantrag des Parteitags 2021 sowie im Entschlie-  
210 ßungsantrag "Ausbau erneuerbarer Energien deut-  
211 lich steigern und Akzeptanz erhöhen" im Land-  
212 tag (DS 7-5546-B) wurden die dafür notwendigen  
213 Schlussfolgerungen und Schritte aufgezeigt:

- 214 • Es braucht eine möglichst weitgehende eigen-  
215 ständige Energieversorgung Deutschlands,  
216 um unabhängig von globalen Preisent-  
217 wicklungen zu sein und um die politische  
218 Erpressbarkeit durch energieliefernde Länder  
219 zu vermindern.
- 220 • Die Kapazitäten zur Stromerzeugung aus er-  
221 neuerbaren Energien müssen für den Ausstieg  
222 aus fossilen Energieträgern Kohle, Gas und  
223 Öl massiv ausgebaut werden. Hierbei müssen  
224 alle Bundesländer ihren Anteil leisten. Auch  
225 das Land Brandenburg erhöht seine Ausbau-  
226 ziele und unterstützt die länderspezifischen  
227 Flächenziele für den Ausbau von Windenergie  
228 an Land. Auch Landschaftsschutzgebiete wer-  
229 den für den Ausbau erneuerbarer Energien ge-  
230 nutzt.
- 231 • Als Teil einer Ausbauoffensive zur Nutzung  
232 von Solarenergie wird die Installation auf ge-  
233 eigneten öffentlichen und gewerblichen Flä-  
234 chen verpflichtend.
- 235 • Alle Hemmnisse der Nutzung regional erzeug-  
236 ter erneuerbarer Energien müssen abgebaut  
237 werden, damit Unternehmen und Kommunen  
238 schneller auf sie umsteigen können. Die Re-  
239 geln für den Auf- und Ausbau von Anlagen zur

240 Nutzung erneuerbarer Energien für den Eigen-  
241 bedarf müssen radikal vereinfacht werden.

- 242 • Der Mehrwert des Ausbaus erneuerbarer En-  
243 ergien muss für die Menschen in den Regionen  
244 deutlich spürbar sein. Günstigere Energieprei-  
245 se bei der Nutzung regional erzeugter erneu-  
246 erbarer Energien und die direkte Nutzung die-  
247 ser zum Aufbau von Arbeitsplätzen und damit  
248 der Schaffung von Perspektiven für die Men-  
249 schen schaffen Akzeptanz für den Ausbau.
- 250 • Energie darf kein Luxusgut werden. Bürgerin-  
251 nen und Bürger wie auch die Wirtschaft müs-  
252 sen sich auf bezahlbare Strompreise verlassen  
253 können.
- 254 • Die Zusagen des Strukturstärkungsgesetzes  
255 müssen eingehalten werden. Die Maßnah-  
256 men zur Schaffung neuer Wertschöpfungsket-  
257 ten schnellstmöglich umgesetzt werden.
- 258 • Speichertechnologien müssen weiterent-  
259 wickelt und eine regionale Wasserstoff-  
260 wirtschaft aufgebaut werden. Wasserstoff  
261 ist durch die vielfältige Nutzbarkeit auch  
262 Schlüsselement für die Sektorenkopplung.
- 263 • Es braucht entschiedene Schritte zur Pla-  
264 nungsbeschleunigung.

265 Mit dem Haushaltsentwurf 2023/2024 stehen er-  
266 neut mehr Stellen für die Planungsbehörden des  
267 Landes bereit. Landesbergbauamt und Landesamt  
268 für Umwelt erhalten deutlich mehr Personal, um  
269 Verfahren schneller bearbeiten zu können. Mit dem  
270 Pakt zur Planungsbeschleunigung zwischen Bund  
271 und Ländern werden weitere Schritte folgen.

272 Auch landesrechtliche Regelungen müssen ange-  
273 passt werden, um Genehmigungsverfahren für den  
274 Ausbau erneuerbarer Energien zu vereinfachen und  
275 beschleunigen. Wir werden durch eine Novellierung  
276 des Denkmalschutzgesetzes und die Anpassung un-  
277 tergesetzlicher Regelungen dafür sorgen, dass der  
278 Denkmalschutz nicht als Ausbau-Bremse der Erneu-  
279 erbaren missbraucht werden kann.

280 Die Umsetzung der Wasserstoffstrategie des Landes  
281 für den Aufbau einer regionalen Wasserstoffwirt-  
282 schaft gilt es zu beschleunigen.

283

284 **Mit Verlässlichkeit durch schwierige Zeiten**

285 Mit all diesen Maßnahmen wird es gelingen, un-  
286 ser Land zusammenzuhalten und gemeinsam durch  
287 diese schwere Zeit zu kommen. Niemand wird al-  
288 lein gelassen. Bei all den Unwägbarkeiten stehen

289 wir mit Verlässlichkeit an der Seite der Bürgerinnen  
290 und Bürger, der Betriebe und Unternehmen, der Ver-  
291 eine und Verbände. Wir stehen an der Seite aller, die  
292 unser Land und unsere Gesellschaft stark machen.  
293 Damit treten wir entschieden all jenen entgegen,  
294 die versuchen von der Krise politisch zu profitieren.  
295 Es ist eine schwierige Zeit, in der einfache Antwor-  
296 ten zumeist nicht die Richtigen sind. Alle Demokra-  
297 tinnen und Demokraten tragen eine besondere Ver-  
298 antwortung. Egal ob in Regierung oder Opposition,  
299 ob in Verwaltung oder Verein, überall gilt es die be-  
300 rechtigten Sorgen der Bürgerinnen und Bürger auf-  
301 zunehmen und im demokratischen Diskurs gemein-  
302 sam zu Lösungen zu kommen.